

Erstpreis 10 Mark
 monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.
 halbjährlich 60 Pf.
 jährlich 120 Pf.
 Einmalig 10 Pf.
 Die „Rote Welt“
 (Anteilhaberzeitung),
 monatlich 10 Pf.
 Fernsprech-Anschluß:
 Revue: Nr. 888
 Expedition: Nr. 1047
 Lagerungs-Abteilung:
 Volkshaus Halle/Saale.

Die Rote Welt

Sozialdemokratisches Organ

Interaktionsgebühr
 besteht für die Abonnenten
 postfreie über dem Raum
 80 Pfennig,
 für unentgeltliche Anzeigen
 25 Pfennig.
 Im Abonnementen Karte
 kostet die Karte 75 Pfennig.
 Insendung
 für die Abgabe von
 Briefen (insbesondere die von
 Mitgliedern) sind 10 Pfennig
 zu zahlen.
 Einlagen in die
 Postkastenschlüssel.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Curgau-Triebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Das deutsch-französische Abkommen.

I. Marokko französisch.

Die französischen Imperialisten schlagen die Siegestrommel, die deutschen heulen wehmütig. Marokko ist in den Händen des gallischen Hahns geblieben. Deutschland, dessen Kaiser im Jahre 1906 in Tanger erklärt hatte, er besitze den marokkanischen Sultan als unabhängigen Herrscher, hat seine Zustimmung zum französischen Protektorat über Marokko erteilt. Deutschland erkennt das Recht Frankreichs zur militärischen Besetzung Marokkos, zur Übernahme seiner diplomatischen Vertretung, zur Kontrolle seiner Finanzen und Verwaltung, seiner öffentlichen Arbeiten an. Darin verzweifelt sich Frankreich als selbstständiges Volk, die französische Einflucht nicht zu begünstigen. Damit dieses Verpfändung nicht unangenehm werden kann, soll die sog. marokkanische Staatsbank, in der alle Staaten vertreten sind, sich in der Vollkommission vertreten lassen. Auch im Bergbau sollen alle Nationen gleichberechtigt sein, gleichem Berg- und Steuerrecht unterliegen und die Erzeugung soll ungehindert sein. Der Betrieb aller größeren öffentlichen Unternehmungen bleibt in den Händen Marokkos, d. h. der französischen Regierung, die sie Privaten abtreten kann. Bei den öffentlichen Ausschreibungen soll wieder die marokkanische Staatsbank durch ihre Vertreter, also auch Deutsche, über die Gleichheit der Vergebungsbedingungen wachen. Nachdem Frankreich eine Gerichtsorganisation in Marokko einführen wird, sollen die Konsulargerichte verschwinden. Die deutschen Offiziere erklären, das Abkommen gewährt dem deutschen Kapital vollkommene Gleichberechtigung mit dem französischen.

Dass dem nicht so ist, ist schon daraus ersichtlich, daß Frankreich den Betrieb der größeren öffentlichen Unternehmungen für sich vorbehält, daß es über die Vergütung an das private Kapital seiner Kontrolle unterstellt. Das französische Kapital scheidet aber nicht nur den Raub weg, sondern es läßt den anderen nicht einmal die Wahl. Private Unternehmungen sind in den letzten Jahren zurückgefallen, während nur sehr langsam und unterliegen der größten Geschäften. Die Bedürfnisse der Eingeborenen sind sehr klein, sie geben also wenig Gelegenheit zum Profitmachen. Dafür ist aber die Vereinigung zu Aufständen gegen fremde Ausbeutung und Unterjochung bei den Eingeborenen sehr groß, darum ist das private Kapital großen Gefahren ausgesetzt. Bei großen öffentlichen Unternehmungen dagegen liefert der Staat Bürgschaft und sichert Entschädigung für jede unvorhergesehene Störung. Aber auch ohne dieses Rangabwärtens, daß es mit der Gleichberechtigung des Kapitals in Marokko aus ist, würde eine sehr große Bedrohung zu der Annahme nötig sein, daß das französische Kapital Millionen über Millionen vergrößert wird, die Gefahr neuer Kriege auf sich genommen hat, um schließlich, ... mit dem deutschen Kapital gleichberechtigt zu sein. Dies konnte es doch ohne achtjährige Mühen und Ableiden. Die Versicherungen, die es dem deutschen Kapital gibt, klingen auf dem Papier sehr schön, aber die deutsche imperialistische Presse hat ganz recht, wenn sie Zweifel an ihrem Wert äußert. Wer die Verwaltung eines Landes hat, der kann auf tausend Umwegen, die überhaupt unkontrollierbar sind, das Kapital seines Landes benutzten. Und wenn irgendein Kapital sich speziell monopolistisch in seiner Nationalpolitik bewegt hat, so ist es eben das französische, was sich schon daraus ergibt, daß die französische Industrie weniger konkurrenzfähig ist als die deutsche und englische. Politisch wird Frankreich, solange der Vertrag besteht, das fremde Kapital nicht durch höheren Zoll ausschließen können, wie es dies in Algerien und Tunis tut. Aber erstens gibt es tausende Niederlagen bei der Vergütung und anderen Gelegenheiten, durch die man dem unangenehmen Eindringling das Leben sauer machen kann, zweitens selbst die Geschichte der französischen Politik in Tunis am besten, daß auch Verträge nicht immer dauern. Auch in Tunis übernahm Frankreich mit dem Protektorat eine Reihe sozialpolitischer Verpflichtungen, aber es vergingen keine fünfzehn Jahre und es war ihrer sehr. Es möchte eben alle Schwierigkeiten der Gegner aus, um von ihnen den Bericht auf diese Verpflichtungen zu erlangen.

Wie die Sachen jetzt liegen, hat Frankreich die Möglichkeit, der Konkurrenz des fremden Kapitals auf Schritt und Tritt entgegenzutreten. Damit diese Verpflichtungen irgend welchen Wert besitzen sollten, müßte die deutsche Regierung tagtäglich Schereieren mit der französischen beginnen. Wird sie, um freie Hand für andere Nationen zu haben, dies vermeiden, so kann das deutsche Kapital seine Hude in Marokko schließen. Nimmt sie aber die von der erschöpften Presse wörtlich erwiderten, so ist es eben das französische, was sich schon daraus ergibt, daß die französische Industrie weniger konkurrenzfähig ist als die deutsche und englische. Politisch wird Frankreich, solange der Vertrag besteht, das fremde Kapital nicht durch höheren Zoll ausschließen können, wie es dies in Algerien und Tunis tut. Aber erstens gibt es tausende Niederlagen bei der Vergütung und anderen Gelegenheiten, durch die man dem unangenehmen Eindringling das Leben sauer machen kann, zweitens selbst die Geschichte der französischen Politik in Tunis am besten, daß auch Verträge nicht immer dauern. Auch in Tunis übernahm Frankreich mit dem Protektorat eine Reihe sozialpolitischer Verpflichtungen, aber es vergingen keine fünfzehn Jahre und es war ihrer sehr. Es möchte eben alle Schwierigkeiten der Gegner aus, um von ihnen den Bericht auf diese Verpflichtungen zu erlangen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht den kleinsten Grund, aus Freude, daß die Regierung mit einem Marokko wegen zurückgewiesen ist, dem deutschen Kapital in der Hand der offiziellen Blätter einzureden:

„Welt doch ruhig, die deutsche Regierung scheint ziemlich umfangreiche Garantien für die offene Tür durchgesetzt zu haben.“ Die deutsche Arbeiterklasse hat umgekehrt alle Verantwortung, sich davon Rechenschaft zu geben, in welcher Richtung die weltpolitische Entwicklung geht. Der Ausgang der Marokkofrage bedingt, daß ein Teil der Erde nach dem andern dem freien Verkehr entzogen und von einzelnen Gruppen des Kapitals mehr oder weniger ausschließlich für sich in Beschlag belegt wird. Das Proletariat kann desto offener dieser Aufgabe in die Augen schauen, weil es nicht das geringste Interesse hat, an der Politik der sogenannten offenen Tür teilzuhaben, ihre Niederlagen zu beklagen oder sogar die Regierung in ihrer Vertreibung zu unterstützen. Die sogenannte Politik der offenen Tür untersteht sich von der monopolistischen nur dadurch, daß sie ein Nationalität den Kapital aller Länder ausliefert, nicht dem eines Landes. Die Eingeborenen leiden darunter um sehr viel weniger und sie schafft nicht einmal den kolonialen Raub und den kolonialen Wettstreit aus der Welt. Denn es genügt, daß die ausgebeuteten Völker gegen die Ausbeutung sich erheben — und die Vertreter der offenen Tür befehlen ihr Land oder sie geraten sich selbst in die Haare. Aber noch mehr! Die Flucht des Kapitals in die unentwickelten Länder bedeutet, daß es auf Schwierigkeiten in seinem Heimatlande stößt, die es nicht lösen kann. Das Proletariat weiß, was das für Schwierigkeiten sind und lennt ihre volle Lösung! Sie bestehen darin, daß die Produktionskräfte in dem Kapital über den Kopf wachsen. Die deutsche Eisenproduktion ist größer, als bei den gegebenen Umständen der deutsche Markt fassen könnte usw. Darum sucht das Kapital Anlage im Ausland, darum wird es seine Ausfuhr in Marokko beklagen. Aber das Proletariat weiß, daß es einen anderen Ausweg gibt, der dem Volke Wohlstand und Glück geben könnte. Denn warum wohnt der innere Markt nicht in gleichem Maße wie die Produktionskräfte? Sind die Wohnungen, in denen das deutsche Proletariat wohnt, so groß, so luftig, daß nicht für Milliarden Rad Material nötig wäre, um der arbeitenden Klasse eine menschenwürdige Unterkunft zu geben? Was hindert den im Wege, daß der innere Markt vergrößert wird? Die Armut der Proletariats, des proletarisierten Bauern. Diese wird aber nur von dem Kapitalismus bewirkt, der die Produktionsmittel in die Hände der Alltagsgesellschaften, der Truhs ausliefert, die dem Arbeiter das Produkt seiner Arbeit vorenthalten. Würde dem ein Ende gemacht werden, so bräunte man nicht erst um Marokko zu kämpfen, um dort Wohnen bauen zu können. Die Arbeiterklasse führt den Kampf um den Sozialismus, um die Entlohnung der Produktionskräfte zu ermöglichen, das Kapital sucht in verschiefenen unentwickelten Ländern Unterzucht, um die Produktion zu entwickeln und dabei dem Sozialismus entgegen zu können. Wenn ihm also angedacht des Ausgangs der Marokkofrage das höchste trübe läuft, so fällt es dem Proletariat nicht ein, zuzugehen, die Welt gegen zur Reize, wie es ihm nicht in den Sinn kommt, zusammen mit Herrn Aizerlen das Kapital zu beruhigen. Seine Aufmerksamkeit gilt in höherem Maße der „Kongressentscheidung“ und den mutmaßlichen weltpolitischen Folgen des Marokkoabkommens, zu denen wir im nächsten Artikel übergehen.

Das Abkommen wurde am Sonnabend unterzeichnet und wird am heutigen Montag gleichzeitig in Berlin und Paris veröffentlicht werden. Das tatsächliche daraus werden wir dann zusammengefaßt mitteilen.

Der Krieg um Tripolis.

Im türkischen Kriegsministerium ist aus Tripolis die Meldung eingegangen, daß die Italiener in den beiden Wochen der Innenstadt und auf dem dortigen mohammedanischen Friedhof eingeschlossen und verbarbarisiert seien. Die Türken hätten den jüdischen und katolischen Friedhof erobert und besetzt. Ebenso sei das Stadel in Händen der Türken, doch sei es zerstört. Ein Telegramm aus Bengasi an den Minister des Innern meldet, daß die Kommandos der Italiener geschlagen wurden. Sie hätten sich fluchtartig an das Meer zurückgezogen und etwa 100 Tote und 250 Verwundete sowie eine größere Anzahl von Gefangenen und Munition verloren. Auf türkischer Seite seien 2 Tote und etwa 60 Verwundete zu verzeichnen. Somit haben in den letzten Tagen vor Tripolis keine nennenswerten Kämpfe stattgefunden. Ueberhaupt sei die Übernahme größerer Operationen nicht zu erwarten, da jetzt dort die Regenzzeit begonnen hat.

Die italienischen Kriegsschiffe haben den Hafen von Tripolis verlassen und operieren vor den türkischen Inseln im Archipel. Der türkische Minister hat befohlen, die Italiener anzugreifen, auf die Inseln unternehmen sollten, sofort sämtliche Italiener aus dem ganzen türkischen Reich auszuweisen.

Die „Annektion“ von Tripolis

Es ist offiziell von Italien erklärt worden. „Der König von Italien hat“ wie es in einer Meldung aus Rom heißt, „die endgültige und unumkehrliche (1) Weltverteilung von Tripolis und Syrakusa verfügt“ und die Mächte von diesem Akt in Kenntnis gesetzt.

Die gesamte italienische Presse begrüßt die Annektion „mit Begeisterung“. Die Tribuna sagt, daß Tripolis und Syrakusa heute „unumkehrbare Teile Italiens“ sind und Italien sie nicht als Kolonie sondern als einen Teil des Reichs zu verteidigen wolle werde.

Diese famose Art, ein ganzes Land schlankweg mit — Worten zu „annektieren“, dürfte den Türken wenig imponieren! Vorläufig sind die Italiener noch lange nicht Herren von Tripolis.

Eine neue Niederlage der Italiener? Konstantinopel, 6. November. Die Italiener erlitten eine große Niederlage. In Giuliano bei Bengasi, griffen die Araber sie auf zwei Seiten an. 150 Italiener wurden getötet, die Araber eroberten 400 Gewehre und 2 Kanonen. Die Schiffe konnten wegen heftigen Sturmes nicht eingreifen und auch die flüchtigen Truppen nicht an Bord nehmen. Ein Versuch der Italiener in Subari bei Tripolis zu landen, mißlang, sie erlitten große Verluste.

Nach einem Telegramm des Deputierten Raimondo aus Tripolis vom 2. November machten die Türken einen neuen Versuch auf die Italiener. Sie nahmen einen Teil der äußeren Stadt weg. Eine furchtbare Katastrophe soll den Italienern bevorstehen.

Ein Brief des türkischen Kammerpräsidenten.

Der Präsident des türkischen Parlaments, Ahmed Rıza, der sich schon einmal im Vorwärts an die sozialistische Öffentlichkeit wandte, hat nun auch an den Präsidenten des Internationalen Sozialistischen Bureau ein Schreiben gerichtet, das einen energischen Protest gegen den italienischen Raubkrieg und die kapitalistische Kolonialpolitik überhaupt bedeutet. Der Brief lautet:

Haus der Abgeordneten.
 Kabinett des Präsidenten.

Konstantinopel, den 16. Oktober 1911.

Mein lieber Herr Vandevelde!

In dem jüngsten Heft der Italiener ist Italien nicht der allein Schuldige. Der andere Würde hat seine Mitschuldigen, denn der Schlag, der geführt wurde, war ein von ihnen vorbereiteter. Ihre Vertreter saßen an die Kette und sagten uns:

„Nehmen Sie die Okkupation als eine vollendete Tatsache an, dann werden wir Ihnen helfen, die Angelegenheit zu regeln.“ Diese unbegreifliche Haltung Europas geht uns ebenso nahe wie der Verlust von Tripolis, denn wir es verlieren müßten, denn sie wird im Orient Mißtrauen, Verwirrung und Abscheu erzeugen. Der Orient wird nicht mehr an die Zivilisation, an das gegebene Wort, an die von Europa unterzeichneten Verträge glauben. Dieser Widerspruch zwischen Wort und Handlung bedeutet in den Augen der Orientalen ein Verbrechen an den Grundgesetzen der Moral.

Die Partei der Jungtürken, welche sich so heftig angelegen sein läßt, ihr Volk Europa gegen zu lehren, sich dessen Bewußtsein zu eigen zu machen und eine Brücke zu schlagen zwischen dem Abendlande und der islamitischen Welt, wird durch Europas eigene Schuld bei dieser Aufgabe scheitern. Heute, nach dem brutalen, im Einverständnis mit den Mächten erfolgten Überfall Italiens machen uns unsere inneren Gegner den Vorwurf, der europäischen Zivilisation zu sehr geschmeichelt und die Wohlthaten, welche daraus für uns erwachsen sollten, zu sehr gerühmt zu haben. Sie sind nun dahin gekommen, zu erklären, daß der wahre Fortschritt darin bestand, unsere Bajonette und Bajonettschiffe zu verwerfen, und der wahre Patriotismus darin, alles dem Kriegsgott zu opfern.

Dahin hat uns nun Europa gebracht, und hauptsächlich Frankreich und England, vermöge ihres geheimen Einverständnisses mit Italien.

Was halten Sie von den Verträgen von Paris und Berlin, die ausdrücklich die Unantastbarkeit, Humanität, Grundzüge der Moral, welche Bedeutung messen Sie ihnen von jetzt an bei? ...

Und nun sehen Sie, in welcher Weise die Türken den unwürdigen Raub durch Italien beantwortet: Aus einem ethischen Gefühl heraus, das man in Europa schwerlich verstehen wird, verjagt sie nicht aus ihrem Gebiet — wie es doch ihr striktes Recht wäre — die 40 000 italienischen Arbeiter, welche in eigenen Lande Hungers sterben, um unsere Wohlstandssucht zu befriedigen und hier die Mittel zu ihrer Befriedigung finden. Was würde aus ihnen, ihren Frauen und ihren Kindern, wenn wir Repressalien ihnen gegenüber anwenden würden.

Diese Tatsache verdient, unter vielen anderen, von den Europäern und besonders den Sozialisten ernstlich bedacht zu werden.

Mit tiefem Respekt und mit der Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses.

Ahmed Rıza.

Steuern aufgebürdet haben. Es liege demnach nicht die geringste Ursache vor, den einen oder den anderen Kandidaten zu unterstützen.

Konferenzen „Deller der Sozialdemokratie“. Bei den Berliner Stadteverordnetenwahlen in der dritten Klasse hat der Deutsch-konfessionelle Verein seine Mitglieder aufgefordert, sich unbedingt der Stimme zu enthalten. Dieser Entschluß ist durchaus zu billigen, bemerkt die Deutsche Tageszeitung, jedenfalls wird er endlich Klärung in Berlin bringen.

Die Berliner Konfessionellen verweigern also dem Fortschritt ihre an sich recht beträchtliche Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie, was uns natürlich in Anbetracht des Enderfolges nur recht sein kann. Man erinnert sich aber noch lebhaft, wie die Disziplinären Nationalliberalen in der konfessionellen Presse angegriffen wurden, als sie bei der letzten Reichstagswahl genau daselbst lagen, was die Konfessionellen jetzt in Berlin tun. Die schwarzblauen Herren sind es gewohnt, daß ihnen der Liberalismus die Stützen aus dem Feuer holt, drum find sie wohllos erkannt und enttäuscht, wenn er ihnen einmal, was ja fehlen genug geschieht, infolge allzu starker Behandlung den Dienst bewweigert. Was sie selbst tun, ist natürlich ihre eigene Sache, sie sind in die Verrennen. Der Anwalt hat die Rechte des Herrn auszuführen, der Herr handelt aus eigenem Interesse und läßt sich von seinen Dienern nicht beirren.

Konfessioneller Terrorismus. Auf dem konfessionellen Parteitag in Breslau hat am letzten Sonntag Herr v. Heydebrand unter dem drohenden Verfall der zahlreichen „Anhangsdeliquenten“ auch scharf Stellung gegen den immer stillfächer werdenden „sozialdemokratischen Terrorismus“ genommen, und scharfe Schlußregeln gegen das verwerfliche Kampfmittel von der Regierung verlangt. Daß Herr v. Heydebrand den Terrorismus nur bei der Sozialdemokratie sucht, ist durchaus nicht neu. Daß aber der Terrorismus in der eigenen Partei und im eigenen Wahlkreis bei unschätzbarem Nutzen in ungenügender Weise nachdrückt, davon will dieser nichts wissen, obwohl es ihm von den Sozialdemokraten als auch von seinem national-liberalen Gegenkandidaten im Wahlkreise Nielsfeld-Treritz schon hundertmal in öffentlichen Versammlungen gesagt und bewiesen worden ist. Ein Beispiel, auf welche Weise die Konfessionellen terrorisieren, gibt der freisinnige Striegauer Anzeiger aus dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau, den zurzeit der konfessionelle Abgeordnete v. Nächstofen im Reichstage vertritt. Nicht nur, daß Herr v. Nächstofen den Austrägen des Striegauer Anzeigers verboten hat, sein Dominium zu betreten, sucht er auch dieses Blatt durch Einwirkung auf die Postleute in seinem Abonnementhand zu schädigen. Der Bundesgenosse des Herrn v. Nächstofen, der Landesälteste Dr. Schwarz in Eisenhof, hat sogar an seinen Dominialhäufern Schilder anbringen lassen, die ein Verbot gegen den freisinnigen Striegauer Anzeiger enthalten. In gleicher Weise sucht ein anderer Junter, ein Herr v. Buddenbrock auf Bläsow, das freisinnige Blatt zu schädigen. Ganz abgesehen davon, daß fast den meisten Wahlkreisen im Reich die direkte Wahl angebrost wird, wenn sie ihre Säle oder Grundstücke zu sozialdemokratischen oder freisinnigen Wähler-versammlungen hergeben.

Recht das Herr v. Heydebrand seinen Terrorismus, wenn den Landarbeitern unter Androhung der Folgen vorgeschrieben wird, was sie zu lesen haben. Ja, Bauer, das ist etwas anderes.

Das Jahrbuch der Millionäre. Der bekannte Regierungsrat Martin hat nunmehr sein Jahrbuch der Millionäre erscheinen lassen. Es wurde bekanntlich feinerzeit, als die ersten Druckbogen fertig waren, beschlagnahmt, weil man vermutete, daß die Angaben über die Vermögensverhältnisse der Millionäre auf „unlauteren“ Weise aus dem Steuermaterial der Behörden erhoben worden seien. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da sich jener Verdacht nicht bewieseln ließ. Das Jahrbuch der Millionäre, das 1900 Seiten umfaßt, weiß die Namen und Adressen von 8300 Millionären nach unter Angabe ihres Vermögens und der Steuerleistungen. Inwiefern die Angaben immer zutreffend sind, läßt sich natürlich nicht nachkontrollieren. Höchst ungenügend muß aber diesen 8000 die Veröffentlichung sein, denn es wird jetzt angeündigt, daß im preussischen Landtage von Mitgliedern verschiedener Parteien eine Interpellation eingebracht werde, die bezwecken soll, daß die Statistik hinsichtlich vorjähriger (1) in der Publikation der Vermögensverhältnisse der oberen Zehntausend ist. Die Herren wissen warum.

Welfischer Kassenrat. Unter dieser schreienden Spitze verbreiten welfische Blätter Sensationsnachrichten über angebliche Verschönerungen in Hannover. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung ruft nach dem Staatsanwalt und verächtlich ihm, sie habe die Beweisstücke in Händen, daß der Herzog von Cumberland mit seinen Geldmitteln Verschönerungen unterziehe, die die Wiederherstellung des Hannoverischen Königreichs und die Wiederherstellung der Zustände vor 1866 unter Einfügung Oesterreichs in den deutschen Staatenbund und Wiederherziehung der preussischen Vormachtstellung zum Zwecke habe.

Die Staatsanwaltschaft wird sich vermutlich hüten, sich durch ein Eingehen auf diese läppischen Androhungen zu blamieren.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Friedensdemonstration von der Regierung verboten! Nach einer Meldung an das Internationale Sozialistische Bureau verbot die österreichische Regierung die Demonstration gegen den Krieg, die von der sozialdemokratischen Partei Bosniens organisiert war und in Sarajewo, der bosnischen Hauptstadt, stattfinden sollte.

In Oesterreich hat man also das Kunststück zuwege gebracht, noch preussischer zu sein als die preussische Regierung!

England.

Große Gemeindevahlfrage der englischen Arbeiterpartei.

Aus London schreibt man uns: Am Mittwoch fanden die Municipalwahlen in allen Städten von England und Wales, mit Ausnahme Londons, wo sie alle drei Jahre abgehalten werden, statt. Die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse zeigen überraschende Siege der Arbeiterpartei und der Sozialisten in allen Teilen des Landes. Die Arbeiterpartei hat nicht weniger als 59 Siege gewonnen. Die größten Siege sind in Yorkshire errungen worden. Die kempferndsten davon sind in Liverpool, Bradford und Birmingham. Die Wahl in Liverpool wird lange denkwürdig bleiben. Sie fand vollkommen unter dem Zeichen der großen Streikbewegung, die bekanntlich in Liverpool besonders heftige Formen annahm und den blutigen Sonntag von Liverpool mit sich brachte. Die Wahl war in solchem Maße von der Arbeiterfrage beherrscht, daß beide bürgerliche Parteien, die Liberalen und Konfessionellen, einen Pakt miteinander schlossen, einander kein einziges Mandat streitig zu machen. Die Arbeiterpartei beschloß darauf, in nicht weniger als 15 Kreisen eigene Kandidaten aufzustellen, in denen sie bisher nur ein einziges Mandat besaß. Das Ergebnis war, daß die Arbeiterpartei ihr Mandat, das des Stadtratsführers Sexton, behauptete und noch sechs neue hinzugewann, und zwar drei von den Liberalen und drei von den Konfessionellen. Das Resultat hat bei den bürgerlichen Konfessionellen hervorgerufen. Diese Wahl ist bisher der deutlichste Gradmesser dafür, welchen Einfluß die jüngste Streikbewegung auf die politische Entlohnung der Arbeitermassen ausgeübt hat.

Auch die Wahlen in Birmingham sind überaus bemerkenswert. Dort ist jetzt eine neue Municipalverfassung für Groß-Birmingham eingeführt worden. Im bisherigen Municipalrat hatte die Arbeiterpartei keinerlei Vertretung. Jetzt haben die Sozialisten in dieser Hauptstadt der Konfessionellen und dem Sirge Chamberlains mit einem Schlage sechs Mandate erobert, wovon eines einer Frau, der Genossin Brint, zufällt. In Bradford hat die Arbeiterpartei die gewonnenen sechs Siege alle von den Konfessionellen erobert.

Andere große Siege hat die Arbeiterpartei erzielt u. a. in Leeds, wo sie drei Siege gewann, in Manchester, Exeter, Leigh, Tomochon, Hopton, South Shields, Gillingham und Southampton, wo sie je zwei Siege eroberte. Je einen Sieg gewann sie in einer ganzen Anzahl von Städten, darunter Colford, Ashton, Walton, Carlisle, Halifax, Nelson, Ectonport, St. Helens, Wigan, Waterfield, Wriston, Brighton, Croydon, Portsmouth und Chatham.

Neben der Arbeiterpartei haben auch die Liberalen bedeutende Erfolge erzielt, aber sowohl absolut wie relativ in weit geringerem Maße. Obgleich überall nur ein Viertel der Municipalvertreter sich der Neuwahl unterziehen mußte, ist in verschiedenen Teilen die konfessionelle Herrschaft gebrochen worden, so namentlich in Sheffield, wo aber auch die Sozialisten, wie es scheint, infolge innerer Zerwürfnisse, ein Mandat an die Liberalen abgeben mußten.

Am allgemeinen werden die Arbeiterpartei und die Sozialisten den besten Grund haben, den Ausgang der Municipalwahlen mit der größten Begeisterung zu begrüßen. Dies waren ohne Zweifel die erfolgreichsten Municipalwahlen, die von der englischen Arbeiterpartei je ausgefochten worden sind, und ihre lausliche Zufammenhang mit dem großen Errohren der englischen Arbeitermassen ist ununterdenbar. Sie werden der Arbeiterpartei in ihren kommenden Kämpfen, sowohl politischen wie wirtschaftlichen, eine große Ermutigung sein.

Aus der Partei.

Fortschritt der Parteipresse.

Einen erfreulichen Fortschritt hat die in Hof i. Bayern erscheinende Oberfränkische Volkszeitung zu verzeichnen. Sie hat mit dem 1. November einen Abonnementstand von über 6000 erreicht, was um so mehr belegen will, als die Volkszeitung nur für den Wahlkreis Hof-Münchberg-Stein-Teich erscheint. Diese in kurzer Zeit erzielte starke Zunahme der Abonnenten ist sicher ein gutes Zeichen für die kommenden Reichstagswahlen.

Die Volkszeitung, die in Danzig für Westpreußen wöchentlich einmal erscheint, wird wegen des Wahlkampfes vom 14. November 1911 ab zweimal wöchentlich, Dienstags und Freitags, herauskommen. Ermöglicht wird dieser Fortschritt durch das Wachsen der Abonnementzahl.

In Essen wurde am Sonntag in einigen Parteien eine Resolution für das Parteiblatt veranlaßt. Dabei wurden 855 neue Leser für die Arbeiterzeitung genannt. Gewiß eine schöne Vorarbeit für die Reichstagswahlen und ein Ansporn für die Genossen an anderen Orten!

Schwerste Strafe demjenigen...

Vor der Staatsanwaltschaft in Weimar hatten sich der Gauleiter Genosse Künner vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wegen angeblicher „Verbrochen von Arbeitswilligen“ zu verantworten, die er anfänglich eines in Satzungen ausgebrochenen Streiks der Brauerarbeiter getan haben soll. Das Gericht verurteilte Künner zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar fünf Monate Gefängnis beantragt, obwohl Genosse Künner noch unbefristet ist.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Übersicht, Parteimoderation, Realpolitik, Ausland, Gewerkschaftsbesprechungen und Vermischtes Karl Bod, Lokales Mißfeld im Roemen, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Bei Magenstörungen der Erwachsenen muß eine leicht verdauliche Nahrung gegeben werden, welche dem Körper außerdem recht viele Nährstoffe zuführt. Als solche Nahrung ist „Kardinal“, welches leicht verdaulich ist und durch seinen Gehalt an Eisen- und Mineralstoffen eine kräftige Nahrung darstellt, zu empfehlen.

Reich und krank

sein ist ein hartes Los! Deshalb rechtzeitig etwas für das Wohl seines Körpers tun und als Tagesgetränk

Kardinal-Malzkaffee und Kardinal-Kornkaffee ::

wählen. Man verlange ausdrücklich „Kardinal“.

Abgesperrt!

wegen Ueberfüllung am Sonnabend nachmittag

95 Pfg. Woche

Das kauflustige Publikum aller Stände hat es sich nicht nehmen lassen, die von der Firma gebotenen Einkaufs-Vorteile wahrzunehmen. Der Verkehr in unserem Hause war ein gewaltiger, und dank der umsichtigen u. geschickten Geschäftsleitung sowie der Bemühungen unseres vorzüglich geschulten Personals kann man mit Recht von einer muster-gültig. Organisation des gesamt. Verkehrs sprechen.

95 Pfg. Woche

Leopold Nussbaum.



Strickwolle
Frauenlob
Vollwolle, Supra & Extra
für den großen Konsum
Selecta & Prima äußerst preiswert.
Imperial genügt höchsten
Ansprüchen.

Schoellersche & Eitorfer
Kammgarbspinnerei Aktien-Gesellschaft
EITORF

EITORFER
Frauenlob
STRICKWOLLEN

Arbeitsmarkt
Nebra.

Nir Nebra wird per sofort ein
Expedient für
das Volksblatt
gesucht. Off. sind zu richten an
Gen. Kolnh. Schmidt, Nebra.

Suche für meine
Parteibilder u. Dauerväsche
Vortreiber f. höchst. Provision.
L. Kästner,
Liegnitz, Mauerstraße 16.
Bilder- und Wäscheabdr.

Bedeckenschneider, ehrlicher, junger
Mann, am liebsten aus dem
Hamburgeterlande, wird für bau-
ernde Stellung als Verkaufs- und
Verkaufs-Agent möglichst per
sofort gesucht. Unternehmung
und Unterstützung im Verkauf
findet statt. Kleine Kaution er-
forderlich. Offerten erbeten unt.
Chiffre V. H. 107 an die Expe-
dition dieses Blattes.

Selbständige Existenz
ober glanz. Einl. u. 10-20 Mk.
tägl. meist Arbeit, die u. Schreib-
lich aus erled. wird. Häusl.
Verandhaus Trappe, Böttch-
Götzenberg b. Weis.

Stellmacher.
Älterer u. zwei jüngere, finden
sofort dauernde Beschäftigung.
Off. mit Lohnforderung, Alter
und Zeugnisabschriften sub.
H. T. 653 an Annonce-Exp.
Grünbler, Rathausstr. 13 a.

Jüngeren
Hausburschen
suchen per sofort
Aderhold & Müller,
Grosse Ulrichstrasse 48.

Alle die Anzeigen besammlend: Rob. H. J. — Druck der Halle'sch. Genossensch. Buchdruck. (G. G. u. S. S.). — Verleger: born. Aus. G. o. S. J. S. H. n. t. — Schrift. i. Halle a. S.



Genossen! Jetzt gilt's!

In diesen Tagen entscheidet es sich, ob unser Halle in den nächsten zwei Jahren noch in der bisherigen unsozialen, arbeiterfeindlichen Weise beherrscht werden soll. Jetzt entscheidet sich's, ob die werktätige Bevölkerung weiter nur

zahlen darf, aber nichts zu sagen hat,

ob Arbeiters- oder Beamtenvertreter die Sitze der 3. Abteilung im Rathaus einnehmen sollen.

Arbeiter! Handwerker! Mitbürger! Die Entscheidung dieser Tage hat eine gewaltige Bedeutung

weit über die Grenzen Halles hinaus.

Überall erwartet man mit Spannung, wie das hallesche Proletariat mit der unheimlichen Polizeiherrschaft der liberalen Stadtverwaltung abrechnen wird, wie es auf Säbelhiebe und Blutvergießen, ungefehlte **Verfassungsverfassungen** und rücksichtslose **Umzugsverbote**, die in ganz Deutschland das heftigste Aufsehen erregten, antworten wird. Die Arbeiter haben also jetzt durch die mannhafteste Tat vor aller Welt zu beweisen, daß sie das hallesche Polizeisystem **gründlich satt haben**, daß sie ihm auf dem Rathaus entgegenzutreten wollen, koste es, was es will!

Doch auch noch in anderer Hinsicht hat die Wahl eine politische Bedeutung über die Grenzen unserer Stadt hinaus. Das moderne Zeitungs- und Verkehrsweesen bringt es mit sich, daß die Städte sich gegenseitig ihre neuen Einrichtungen absehen. Eine Stadtverwaltung lernt von der anderen. Duzendfach hat das Volksblatt und haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten unserer Stadtverwaltung vorbildliche Einrichtungen anderer Städte zur Nachahmung empfohlen. Unsere Stadt Halle aber gilt anderswo nur zu oft als das schlechte Beispiel, das unseren vorwärtsdrängenden Genossen anderer Städte entgegengehalten wird.

Halle wirkt als Hemmschuh des kommunalen Fortschritts.

Siehe nur die allerwichtigsten Dinge:

- Kein städtisches Krankenhaus!
- Keine städtischen Badeanstalten!
- Kein Wohnungsregiebau!
- Kein paritätischer Arbeitsnachweis!
- Keine Arbeitslosenunterstützung!
- Keine städtischen Arbeiterauschüsse!
- Keine Lohnstariferkennung!

das sind die Rückschrittszeichen Halles. Und die bürgerlichen Gegner, die uns an Plakaten und in Flugblättern nachzufagen wagen, wir förderten nicht das Gemeinwohl, sie gerade sind es, die diese beschämenden Rückständigkeit verschulden. Ihnen verdanken wir aber andererseits das, durch das sich

Halle traurig vor anderen Städten auszeichnet.

Das sind:

- die unheimlich hohe Säuglingssterblichkeit,
- das schauerliche Wohnungselend
- und das unglaublich scharfe Polizeisystem.

Diese Dinge beweisen, daß nicht wir, sondern die Gegner es sind, die durch

ihre Taten und durch ihre Unterlassungssünden

den Klassenhaß schüren,

so heftig, wie es keine Rede, kein Zeitungsartikel und kein Flugblatt vermag.

Mitbürger! Drittklassige Wähler! Da muß sich in letzter Stunde jeder Wähler ernstlich fragen: Darf Halle noch so weiter regiert werden? Darf unsere Stadt weiter in aller Welt als Hemmschuh dienen? Soll Halle fernerhin die unsozialste Stadt bleiben? Nein und nein; das darf nicht sein! Jeder einzelne Wähler ist es **nicht nur sich selbst und seiner Familie**, sondern auch seinen Klassengenossen im ganzen Deutschen Reiche schuldig, ein fortschrittlicheres Regiment in Halle durchzuführen. Es müssen schleunigst sozialdemokratische Stadtverordnete in möglichst großer Zahl in das Stadtparlament gewählt werden. Die jetzigen Wahltage bieten uns dazu eine so ausgiebige Gelegenheit, wie nie zuvor. **Die Arbeiterschaft kann ihren Einfluß gewaltig steigern.** Durch eine massenhafte Wahlbeteiligung kann in diesen Kampftagen

die Zahl unserer sozialdemokratischen Vertreter im Rathaus von 5 auf 13 vermehrt werden.

Das ist ein Aufschwung, der es wahrlich verdient, **die Kräfte außerordentlich anzustrengen.** In den Vororten gilt es zwei Mandate zu verteidigen, in der Altstadt aber zu einem noch 8 Sitze neu zu erobern. Die Aussicht auf diesen Nachzuwachs der Arbeiterschaft muß jeden aufritteln in diesem Jahre unbedingt von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Da darf es kein Zaudern, kein Bedenken geben! Jede Zuchtlosigkeit muß energig unterdrückt werden. Je mehr zur Stimmabgabe an die Wahlurnen herantreten, um so weniger kann ihnen geschadet werden. Kommen alle sozialdemokratischen Gesinnten zur Wahl, so geschieht keinem etwas.

Tausende haben heute bereits ihre Stimme für die Arbeiterkandidaten abgegeben. Tausende werden morgen folgen.

Wer wagt es, da noch zurückzustehen?

Heraus zur Wahl muß die Parole jedes einzelnen sein. Noch nie war der Einzelne so wichtig, wie in diesen Tagen. Die Gegner waren uns bei der letzten Wahl noch um einige hundert Stimmen voraus. Um diesen Vorsprung einzuholen, ist heute jede Stimme nötig. Der Sieg wird uns nicht leicht werden. Er hängt an einzelnen Stimmen. Kommen diese einzelnen nicht, so bedeutet das aber nicht nur, daß wir die 8 neuen Mandate der Altstadt nicht besetzen, sondern auch noch dazu ein Mandat verlieren, das uns der Zufall einer früheren Wahl bescherte.

Wer also nicht zur Wahl geht, fällt seinen Kollegen, der ganzen werktätigen Bevölkerung in den Rücken!

Er hilft einen nahen Sieg vereiteln.

Es darf keiner fehlen. In diesem Jahre muß gesiegt werden! Und zwar in diesen Tagen! Denke keiner, er könne ja zur Stichwahl noch kommen und uns zum Siege verhelfen. Die Gegner haben sich geeinigt. Die eine reaktionäre Masse steht gegen uns! Es gibt glücklicherweise keine faule Stichwahl. Die Hauptwahl muß den Sieg bringen!

Jetzt gilt's!

Kein Zögern und hängliches Schwanken mehr... Jede Stimme ist dringend nötig!

Heraus zur Wahl!

Verhelft den sozialdemokratischen Kandidaten zu einem glänzenden Siege!

Zur Stadtverordnetenwahl.

Auf zur Wahlarbeit!

Parteiengenossen! Am heutigen Montag und morgen, Dienstag, werden zahlreiche Arbeitskräfte gebraucht. Die Genossen werden sämtlich dringend eruchtet, sich zu den Wahlarbeiten sofort nach Beendigung der Arbeitszeit in den nachstehenden Offiziellotellen einzufinden:

- Restaurant Streicher, Kleine Klausstr. 7,
- Englischer Hof, Großer Berlin 14,
- Lehner Dreier, Merseburgerstraße,
- Glauchauer Schützenhaus, Lerchenfeldstraße,
- Goldene Kette, Alter Markt 11,
- Raußsch, Martinsberg 6,
- Wintler, Delitzschstraße 19,
- Stähler, Krausenstraße 4,
- Restaurant Olive, Ludwig Wucherstraße,
- Restaurant Waldrott, Breitestraße 3,
- Volkspark, Burgstraße,
- Emmer, Eichendorffstraße.

Es ist die unbedingte Pflicht jedes einzelnen Genossen, sich pünktlich zu der dringend notwendigen Arbeit einzufinden.

Wahlziele überall.

Am Sonntag wird überall: Bei der am Sonntag vorgenommene Stadtverordnetenwahl werden die elf Mandate, die schon in der letzten Wahl gewesen sind, wieder erobert und fünf neue Mandate hinzugewonnen. Den Liberalen wird von den ganzen 17 zur Wahl stehenden Mandaten der dritten Abteilung nur noch eines, das sie mit 1287 gegen 1109 sozialdemokratischen Stimmen, also nur 8 Stimmen Mehrheit, noch zu erobern vermögen. Unsere Genossen wurden dagegen in allen, auch den neu gewonnenen Bezirken, mit großer, zum Teil überwältigender Mehrheit gewählt. In sieben Bezirken hatten die Liberalen nicht mal mehr Gegenkandidaten aufstellen gewagt. Die neu gewählten Kandidaten sind: Robert Dreßler, Joh. Zassenbach, Hugo Wolpertsh, Julius Wener, Ludwig Tolkshorn, Dr. J. Jodel, Alexander Fröhlich, Waldo Mannoh, Fritz Wille, Hugo Heimann, Eugen Weidner, Adolf Hoffmann, Carl Koblenger, Karl Wiers, Dr. Leo Hrons, August Klinge.

Stadtverordnetenwahlkreis in Charlottenburg. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen hatte die Sozialdemokratie vier Bezirke zu verteidigen. Davon ging ein Bezirk verloren, fünf weitere Bezirke hat die Sozialdemokratie aber gewonnen. Gewählt wurde die Genossen Emil Schill, Hermann Waade, Alfred Dr. Vorhauer, Paul Dietrich und Fernand Waade (doppelt gewählt).

Die Charlottenburger bei der Berliner Wahl zeigen die Bedeutung der Veranlassung der Wahl auf einen Sonntag. In beiden Fällen hat sich der Sonntag als Wahltag glänzend bewährt, indem er eine größere Wahlbeteiligung brachte und dabei wieder den Beweis lieferte, daß die Masse sozialdemokratisch wählt.

In Halle ist nach vor wenigen Wochen ein Antrag auf Einführung der Sonntagswahl unter allerlei Ausreden von den bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt worden. Warum? Weil man eben das beabsichtigte, was in Berlin und Charlottenburg eingetreten ist, daß größere Wählermassen zur Wahl gehen und selbstverständlich sozialdemokratisch stimmen.

Arbeiter! Jetzt heißt es zu zeigen, daß in Halle trotz Ablehnung der Sonntagswahl immer größere Massen zur Wahl

antreten und den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhelfen.

Weitere Kommunalwahlkreise.

Kranich (Führingen). Bei der Gemeinderatswahl haben die Sozialdemokraten wieder zwei neue Mandate erobert. Ihre Kandidaten siegten mit 914 und 968 Stimmen über die Rikhsmandatskandidaten, die nur 712 Stimmen erhielten.

Randberg a. d. Harze. Bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung siegte der sozialdemokratische Kandidat mit großer Stimmenmehrheit. Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler war gering.

Geht die Wählernummern an!

Die Nummer, die für jeden Wähler auf der Legitimationskarte, die der Magistrat erteilt hat, verzeichnet ist, muß zur Erleichterung der Wahlhandlung angegeben werden. In der Wahlkarte ist noch für die Gewählte Erwahlung eine zweite Karte verzeichnet worden. Nehme jeder möglichst die erste Karte mit zur Wahl. Da nur auf dieser die Wählernummern verzeichnet ist.

Wer nicht weiß, in welchem Lokal er wählen muß oder wer sonst irgendwelche Zweifel über die Wahlhandlung hat, der wende sich sofort an das Parteisekretariat, Herz 42/48, drei Treppen. Dort liegen die Wählerliste und die Straßenzustellkarte aus. Es ist dort den ganzen Tag über jemand zur Auskunfterteilung zu sprechen. Auch telefonisch kann jederzeit unter Nummer 1473 dort angefragt werden.

Die Wahlergebnisse jedes Tages

sind Montag und Dienstag abend im Volkspark zu erfahren. Die Verkündung des Gesamtergebnisses erfolgt am Mittwoch abend.

Brandredn, Wählerarbeit und Klassenh.

Das sind die Produkte sozialdemokratischer Stadtverordneter im Stadtparlament, so überhaupt in Flugblättern und Plakaten frech unsere Gegner. Die schlotternde Angst treibt sie dazu, alles auf den Kopf zu stellen. Sie scheuen mit dem Mute der Bergweissung in die Welt hinaus, die Sozialdemokraten bringen der Bevölkerung als Stadtverordneter harte politische Arbeit nur agitatorische Brandreden, harte sozialer Reformen sozialistische Wählerarbeit und harte Frieden und Gemeinfröhen Anreden und Klassenh.

Diese Leute wagen es noch, vom Gemeinfröhen zu reden, wenn 200 Erstklassige reiche Wähler, allein ebenso viel Rechte haben, wie über 27000 drittklassige, aber schwer arbeitende Wähler. Der dieses Schandwahlsystem erdacht, wer es verteidigt und beschützt.

der für Klassenh.

nicht wir, die wir dieses elende Klassenh auf das rücksichtsloseste bekämpfen. Aber es jagen auch die Klassenh, die alle Arbeiterforderungen konsequent bekämpfen, die jeden Aufschwung, jede soziale Hebung der Arbeiterbevölkerung verhindern wollen. Aber wie sollen diese Herrschaften jetzt: Wenn die Sozialdemokraten Forderungszulagen und Erhöhung der Arbeiterlöhne fordern, wenn wir weitgehende Maßnahmen gegen die Forderung begründen, so

sind das agitatorische Brandreden;

weder aber diese Dinge von den bürgerlichen niedergestimmt oder verächtlich, so ist das „positive Arbeit“, sondern wir Arbeiterbewegung, paritätische Arbeitsnachweise, Vermittlungsstellen, häusliche Hilfe für die Nahrungsmitteleverorgung, so ist das sozialistische Wählerarbeit;

diese Dinge abzuweichen oder, das nennen die Gegner soziale Reformen.

So steht zum Skandal der Wähler alles auf den Kopf. Aber nicht genug damit, die Gegner stellen in ihrem Flugblatt Forderungen auf, die sie stets am energischsten bekämpft haben. Da verlangen sie: Erhaltung und Ausdehnung der Selbstverwaltung; aber wenn es gilt, dem Magistrat zu zeigen, was man will, wenn es gilt, durch Beeinflussung der Polizei die

Selbstverwaltung ausgestellt, dann hätten die bürgerlichen freilich zuzulassen. Sie fordern Verneinung des bürgerlichen Grundgesetzes und stimmen jedem Versuch bürgerlichen Bundes zu. Sie fordern weitgehende Unterstützung der Ständevereinigung und lehnen die Sorge für die unbemittelten Schulkinder ab. Sie verlangen für die bürgerlichen Arbeiter und bringen nichts auf, obwohl sie die Arbeit haben.

So steht's mit der positiven Arbeit, der sozialen Reform, dem Gemeinfröhen des gemeinsamen Wohlstandes aus.

Genossen! Es geht nicht, daß die infamen Anwürfe gegen eure Kandidaten wagt zurückgewiesen werden. Geht alle zur Wahl. Die Beschuldigungen unserer Kandidaten kann nur durch Massenwahlbeteiligung gerächt werden! Auf zur Wahlarbeit!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 6. November 1911.

Hallesehe Polizei.

Wieder hat ein Halleseher Polizeibeamter Anlaß zu einem neuen Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Polizei gegeben. Gegen den Kommissar, der dem Genossen Wittig-Beipol, dem Referenten, den Eintritt in die Stadtverordnetenversammlung des Saalkreises verweigert hat, ist eine Beschwerde bei der Polizeiverwaltung eingereicht worden. War die Abwehrungsmaßregel und besonders die Schließung der Türen zwischen Versammlungsraum und Restaurationsraum schon eine Polizeihandlung, die aufs ärgste erbittern mußte, so stellt sich die Verhinderung des Eintritts des Referenten als ein Eingriff in das Versammlungsrecht dar, der nicht ungenügend bleiben darf. Das um so mehr, da der Kommissar sich noch erlaube, als der Genosse Verbig als zweiter Vorsitzender ihn auf das Unrechtmäßige seiner Handlungsweise aufmerksam machte, zu antworten: Ich was, die Versammlung hat begonnen, der Referent möge pünktlicher kommen.

Ein solches Verhalten darf nicht geduldet werden. Das dem Referenten der Eintritt in die Versammlung, in der er reden soll, verboten wird, ist ein Vorgang, der sicher im ganzen Deutschen Reich einzig darsieht. Das Vorgehen des Kommissars, das unter Umständen einer völligen Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts gleichkommt, wirkt gerade jetzt, nachdem im Reichstag erst mit aller Schärfe die beherrschenden Lebergriffe gegen das Vereinsrecht zurückgewiesen worden sind, besonders empörend. Es muß bestimmt eine Wahrung der Handlung des Kommissars durch die vorgelegte Beschwerde erfolgen.

Sich etwa auf einen gerichtlichen Austrag der Sache einzulassen, dazu hat die Polizeiverwaltung wahrlich wenig Veranlassung. Die letzten Freisprüche vor hiesigen Gerichten sollten ihr gezeigt haben, wie sehr der Polizeibeamte ist. Und hatte die Polizei mit ihrem Vorgehen gegen den Referenten des sozialdemokratischen Wahlkreises der wahren Gerechtigkeit nicht schon heute wieder über einen für sie ähntlich ungünstig ausgegangenen Prozeß berichtet. Auf Antrag der Halleseher Polizeiverwaltung hatte die Staatsanwaltschaft in Halle gegen den verantwortlichen Referenten unteser dortigen Parteizentralen, Genossen Paul Höhn, Anklage erhoben wegen Verletzung der Polizeiverwaltung in Halle. In einer Stellung des Halleseher Polizeibeamten war zu dem politischen Raumunverbot in Halle gesagt worden, das Verbot sei im „schönsten Polizeibeistand“ gehalten und „ohne schärfsten Polizeibeistand“. Das Landgericht hatte die Eröffnung des Verfahrens erst abgelehnt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft bei der Oberstaatsanwaltschaft war dann von dieser die Eröffnung des Verfahrens angeordnet worden. In den angeführten Urtheilungen erblöhte der Staatsanwaltschaftsvertreter eine schwere Verletzung und er beantragte 100 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger wandte ein, daß die Verletzung „Polizeibeistand“ nicht etwas höher zu bewerten sei, als etwa Anstandsdeutsch. Die Bemerkung „schönsten Polizeibeistand“ richte sich nicht gegen Personen und sei nur kritisch ironisierend gemeint, weshalb Freisprechung geboten sei. Das Gericht erkannte dem Antrage des Verteidigers entsprechend und im Sinne des vorher erfolgten abweichenden Beschlusses auf Eröffnung des Verfahrens auf Freisprechung. Es könne

mir ein Vergnügen sein, Ihre Inhalationen weiter zu empfehlen. Ich bin sicher, mit Hilfe Ihrer Inhalationen wieder ganz gesund zu werden.

Wollte Wirkung getan?

Herr Hof, Wolfershöfer, München, schreibt: „Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, daß die von Ihnen bezogenen Katal-Sauerstoff-Inhalationen ihre vollste Wirkung getan haben gegen meine seit sechs Monaten bestehende Brustschmerz. Bisher wurde weniger und wechseliger, auch Brustschmerzen. Ich bin sehr beduend. Dabe die Inhalationen meine Bekannten aufs beste empfohlen.“

Die Fabrik gestattet jedem einen kostenlosen Versuch!

Man braucht nur an die Altko-Sauerstoff-Werkschaft m. b. H. Berlin W. 35 A 454 eine Postkarte zu schreiben, auf der man seine Adresse (sehr genau und deutlich) angibt, und man erhält umgehend gratis und franco eine Probe-Inhalation ausgeh.

So kann jeder ohne Risiko die Wirkung dieses einigartigen hilfreichen Mittels an sich selbst erproben, denn schon die erste Inhalation pflegt eine auffallende Erleichterung der Atmung zu bringen!

Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genaue Gebrauchsanweisung, ärztliche Gutachten. Eine Sammlung von Anerkennungen u. s. w. liegen der kostenlosen Probeinhalation bei.

Alle, die an einer Erkrankung der Atmungs-Organe leiden,

und die Symptome wie: Husten, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Schwäche, Traurigkeit, Angst zu fassen sind, bemerken:

müssen sehr auf der Hut sein beim Dittierungs-Hustschlag

Da die bei rauhem Wetter, bei Regen und Wind besonders heftig grassierende Anflutungs für Personen, die an einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden, sehr bedeutungsvolle Folgen zu haben pflegt.

Weider wissen viele noch nichts von der neuesten Erfindung (patentamtlich geschützt), den Katal-Sauerstoff-Inhalationen von Dr. A. Schiemer, welche in so kurzer Zeit berühmt geworden sind, weil sie ohne jeden Apparat durch ihren aktiven Sauerstoff auf Athma, Lungenleiden, Katarrhe, Reizhusten, und insbesondere Anflutungs eine geradezu frappante Wirkung ausüben. Das bestätigen viele Ärzte und Patienten, letztere in überströmender Dankbarkeit, nachdem sie für ihre zum Teil bezaehnten

Leiden durch diese neuen Dr. Schiemers Katal-Inhalationen endlich Besserung gefunden haben.

Nachstehend nur ein paar von den vielen täglich einlaufenden Dankaguten und Anerkennungen:

Der Wunder gewirkt!

Herr Diakon S. Wittmann, Templin, schreibt: „Ich bitte, mir umgehend der Aufnahme die nötigen Sauerstoff-Inhalationen auszugeben, die zu einer Kur erforderlich sind. Ich leide an Inhalationen von Vollen her. Ich gehe zu dem dortigen Diakonheim und weiß Ihre Botschaft zu schätzen. Ueberall, wo wir empfohlen haben, hat es Wunder gewirkt. Da ich sehr viel von unserer Anstalt verdrückt werde, werde ich sehr bemüht sein, Ihre Präparate jedem Leidenen zu empfehlen. Wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir gleich nach Erhalt des Briefes die Inhalationen zufenden würden.“

Nach soltem Herzen!

Herr Ingenieur Max Wuhl, Tresden, schreibt: „Aus vollstem Herzen kann ich den Aufschreien bestätigen, die Sie schon erhalten haben. — Ich leide seit drei Jahren an einem hartnäckigen Bronchitarrad. Starker Raucher aus der Luthröder und Auswurf waren die Folgen deselben. Nach Gebrauch von 25 Inhalationen ging das Rauchen zurück und ich leide fast vollständig verdrückt. Und erst heute kam es drei Alerte weit. Nach in drei Jahren Wäber und Inhalationen mit allerlei Mitteln nicht fertig brachten, erreichten Ihre Katal-Inhalationen in etwa 14 Tagen. Es wird

Ravon-Seife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Besonders wird man überrascht sein über die absolute Schonung jedes Gewebes, sei es gewöhnliche Wäsche, sei es Wolle, Baumwolle oder Seide. Die Stoffe laufen nicht ein und behalten ihre Weiche und ihre ursprüngliche Farbenschnheit. Dabei ist die Ravon-Seife außerordentlich ausgiebig. Und bei ganz leichtem Aufstreichen ist der Schaum da.

Dreis pro Stück 20 Pfg.

Überall erhältlich.

Antrag Kanik.

Der neue Reichstag, den wir in wenigen Wochen zu wählen haben, wird als eine seiner wichtigsten Aufgaben wiederum die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland vorfinden. Denn die wichtigsten der jetzt geltenden Handelsverträge laufen im Jahre 1917 ab. Es ist deshalb von ungeheurer Wichtigkeit, die Wähler beizugehen darüber aufzuklären, was sie auf diesem Gebiete, das über das neue Gesetzessen der Volkswirtschaften, von den verschiedenen Parteien zu erwarten haben. Dieser sind aber die politischen Katen der Vergangenheit, denen wir die jetzigen Hungergezeiten verdanken, der jetzigen herangewachsenen Generation fast gänzlich unbekannt. Ueber all dem Wesen, das täglich passiert, kommt man selten dazu, das Alle lernen zu lernen. Es sei deshalb hier an eine Episode aus unserer politischen Geschichte erinnert, die auf das Verhältnissen der Konföderation ein helles Licht wirft und niemals vergessen zu werden verdient. — In einem anderen Zusammenhang haben wir kürzlich darauf hingewiesen, daß die Konföderation, die man heute als die sichersten Freunde hoher Zölle kennt, in früheren Zeiten ebenso erregte Freizügler als der Gegner sind. Erst seit die großen Grundbesitzer sich von den Hohen Vortelle verpaiden, schwenkte die konföderative Partei um. Das war im Jahre 1870. Nachdem ein Dutzend Jahre später Fürst Bismarck von der Regierung zurückgetreten und der Graf v. Caprivi Reichskanzler geworden war, trat zwar nicht ein Umsturz, aber doch eine gewisse Gemmung in der deutschen Politik ein. Es lag das übrigens weniger an der Person des neuen Kanzlers, als an dem Drang der Umstände. Wie dahin hätte Deutschland mit den meisten anderen Staaten im Verhältnis der sogenannten „Weltschöpfung“ gestanden. Das heißt, heutige Waren durften bei der Einfuhr in jene Staaten nicht zu höheren Zöllen belegt werden, als die Waren irgend eines anderen Landes. Da nun das damalige Frankreich mit allen in Betracht kommenden Staaten günstige Handelsverträge schloß, so genoß Deutschland deren Vorteile ohne weiteres mit. Nun liefen aber die französischen Handelsverträge im Jahre 1892 ab, und da blieb denn nichts weiter übrig, als daß die deutsche Regierung sich bequeme, dicit Handelsverträge abzuschließen. Das hätte Bismarck vermutlich genau ebenso machen lassen wie Caprivi. Die fürchtbar hohen Zölle aber, die wir damals auf Getreide schon hatten, ließ sich natürlich kein anderer Staat gefallen. Sollten Handelsverträge geschlossen werden, so mußten die Zölle teilweise ermäßigt werden. Daß die Agrarier das nicht wollten, verstand sich von selbst, und so war es im Jahre 1894 höchst zweifelhaft, ob der damals zur Beratung stehende russische Handelsvertrag im Reichstag werden angenommen werden. In dieser Not stellte der Graf Caprivi die Aufhebung des Identitätsnachweises für ausgeführte Getreide in Aussicht, die bald darauf auch bewirkt wurde und den Agrariern ungeheure Vorteile bringt.

Aber die Agrarier waren weit entfernt, sich hiermit zufrieden zu geben. Sie dachten, die Gunst der Stunde noch ganz anders auszunutzen. Die — übrigens ganz richtige — Herabsetzung der Getreidezölle werden sie nicht verhindern können. Da trachten auf Getreide den soeben genannten Bundes der Landwirte am 7. April 1894 27 Konföderation und drei Antifemiten im Reichstag den sogenannten Antrag Kanik ein. Der bezweckte nicht mehr und nicht weniger, als den großen Grundbesitzern die Konkurrenz des ausländischen Getreides mit einem Schlege überkauf von Halbe zu schaffen. Natürlich mit Staatshilfe. Es sollte der ganze private Handel mit ausländischem Getreide unterdrückt werden. Ausländisches Getreide sollte nur für Rechnung des Reiches selbst fortan gekauft und verkauft werden dürfen. Und die Preise dafür sollten auch gleich im Gele festgelegt werden! Natürlich in einer Höhe, die den Vorteil der geringen Zollermäßigung wieder aufhob.

Der von diesem Antrag zum erstenmal hört, wird geneigt sein, ihn nicht einzusehen. So kraße Selbstsucht ist doch beinahe unendlich! Denn hier handelte sich nicht mehr allein um die Verteuerung des Brotes, um „Brotwucher“, wie sogar der Kaiser damals sagte, sondern hier sollte außerdem noch der ganze Handel der Getreidehändler Lurzer Sand erschlagen werden, nur um jede Verringerung des Profits der Grundbesitzer abzuwehren! Außerdem — war denn das, was hier vorgeschlagen wurde, nicht eine „sozialistische“ Maßregel, wenigstens nach der üblichen Redeweise der Patrioten? Wir Sozialdemokraten wissen wohl, welche weitere Unterdrückung es ist zwischen der Verteilung eines Genusses und der Verteilung unserer Wirtschaft. Aber unsere Gegner wissen es ebenfalls, wirtschaftliche Maßnahmen des Staates als „sozialistisch“ zu bezeichnen, wenn sie ihnen nicht in den Stram passen. Hier sehen wir, daß sie umgekehrt auch nicht einen Augenblick zögern, solche „sozialistischen“ Maßnahmen vorzuschlagen, wenn sie für sich daraus private Vorteile erhoffen. — Endlich liegt auf der Hand, daß der Vorschlag überhaupt unbedenklich war. Man braucht sich nur seine praktische Ausführung auszubedenken. Der Professor v. Goltz, der sich speziell mit Agrarwissenschaften beschäftigt hat, schreibt darüber u. a.: Das Reich müßte berechnen, wie viel ausländisches Getreide nach Maßgabe der zu erwartenden Ernte angestauft werden muß; es hat die günstigste Zeit zum Einkauf nachzurechnen und zu diesem Zweck mit den Kaufleuten der Exportländer fette und rege Beziehungen zu unterhalten. Den Bewegungen der Marktpreise soll es nicht nur folgen, sondern sie mehr oder weniger im Voraus erkennen. Es muß bestimmen, um wie viel höher oder niedriger der Verkaufspreis sein soll als der Weltmarktpreis. Kurz, es müßte alles das

übernehmen, was heute die Getreidebesitzer tun. Bedenkt man all diese Schwierigkeiten, so möchte man, wie gesagt, geneigt sein, anzunehmen, daß die Agrarier den Antrag gar nicht ernst gemeint haben, sondern nur irgend einen politischen Schachzug damit im Auge hatten. Wer aber das glaubt, der kennt unsere Agrarier schlecht. Es war ihnen bitter ernst damit. Sogar im preussischen Staatsrat, unter persönlicher Vorführung des Kaisers, wurde der Antrag acht Tage lang diskutiert! Als man ihn überall ablehnte, wanderten ihn die Agrarier ein wenig um und brachten ihn ein Jahr darauf, am 13. März 1895, von neuem beim Reichstag ein. Und jetzt hatte sich schon die Mehrheit der Konföderativen zu ihm bekehrt, so daß er jetzt 97 Unterstützungen trug. Diesmal lehnte ihn auch der Reichstag nicht ab, sondern verwies ihn an eine Kommission, aus der er jedoch nicht wieder zum Vorschein kam. Aber die Agrarier ließen sich nicht schrecken. Sie änderten ihn nochmal ein wenig um, damit er nicht in gar zu trallem Widerspruch mit den soeben abgeschlossenen Handelsverträgen ließe, und brachten ihn am 4. Dezember 1895 zum drittenmal an den Reichstag, diesmal sogar mit 100 Unterstützungen von den Konföderativen, Antifemiten und ein paar Nationalliberalen. Er wurde auch diesmal abgelehnt, aber alle Deutschkonföderativen, fast alle Preiskonföderativen und alle Antifemiten, haben dafür gestimmt. Der Vorgang verdient der Vergessenheit entrissen zu werden, denn er zeigt, mit welcher Hartnäckigkeit die Agrarier — d. h. die Konföderativen — immer wieder versuchten, das Reich für ihre privaten Vorteile auszunutzen. Hat doch der Reichstanzler Stolte im Jahre 1895 im Reichstag nachgewiesen, daß höchstens vier Millionen von der Bevölkerung des Deutschen Reiches — nämlich die wenigen großen Grundbesitzer und ihre Familien — Vorteil von dem Antrag Kanik gehabt hätten. Anzweifeln hat freilich der ungeheuerliche Postarat von 1902 diesen Herrschaften noch viel größere Vorteile gebracht. Aber man ermittle danach, wessen wir uns bei den künftigen Handelsverträgen zu versehen haben, wenn wieder viele Konföderative und Antifemiten in den neuen Reichstag kommen.

Der französische Parteitag.

Aus Paris schreibt man uns: Am 1. und 2. November tagte in Paris ein außerordentlicher Kongreß der französischen Partei. Der einzige Gegenstand seiner Tagesordnung war die Revision der Statuten der Partei. Auf den ersten Blick erscheint es überraschend, daß zu diesem Zweck allein ein Kongreß der Partei notwendig sei. Die Regelung der Neuregelung der Statuten ist jedoch in der französischen Partei eine viel kompliziertere und delikatsere Frage, als sie es in Deutschland wäre.

Die französische Partei ist erst seit sechs Jahren geneigt, klopft mit dem schweren Passivum einer zähenen Zerpflügerung. Das Organisationsstatut, wie es der Einigungs-kongreß vor sechs Jahren nach vorhergehenden langwierigen Unterhandlungen schuf, konnte notwendig nur ein wenig harmonischer Kompromiß zwischen den verschiedenen dispartiten Elementen sein, die sich auf dem Boden des Klassenkampfes und unter der Fahne des Sozialismus zusammenfanden. Es war ein Kompromiß zwischen Zentralisten und Föderalisten, parlamentarischen Demokraten und parlamentarisierenden Revolutionären. Der geschaffene Ausgleich konnte nur auf Kosten der Aktionskraft und Schlagfertigkeit der Partei stande kommen, weil er nicht Gegenüber ausblühte — dazu war die Zeit noch nicht gekommen —, sondern in den tatsächlichen Besonderheiten der verschiedenen Richtungen aus deren Vorgehen aufhob. So wurde insbesondere an der Zeitung der Partei gesündigt. Jede der verschiedenen Richtungen wollte verhindern, daß die gegenteilige Tendenz das Fest in die Hände bekommt, und die einzige Garantie war, daß man eine Parteileitung schuf, die keine ist: ein Messer ohne Dorn und Klinge.

Die Leitung der Partei gehört dem Nationalrat an, nämlich denjenigen, der alle Wirtschaft auf einen Tag zusammentrifft, gewöhnlich jedoch, unter dem Zwange der Umstände, seltener zusammentritt. Der Nationalrat setzt sich aus den Delegierten der Föderationen (Arbeitsorganisationen) zusammen. Abgeordnete dürfen dazu nicht bestimmt werden — jedoch entsendet die Parlamentsfraktion eine Delegation. Außerdem haben noch Stimmrecht die 22 Mitglieder der Permanenten Verwaltungskommission, die eigentliche Parteileitung, die aber keine ist, weil sie nur verwaltet und ausführen darf. In der Praxis hat sich das jedoch nicht aufrecht erhalten lassen, und wenn die Verwaltungskommission durch innere Gegensätze nicht gelähmt ist, so ist vorlornmt, da sie vom Kongreß auf Grund der Proportionalwahl gewählt wird und also die Vertreter der verschiedenen Richtungen in sich schließt, nimmt sie zu den aktuellen Ereignissen der Politik Stellung. Aber diese Stellungnahme ist meist nur eine platonische und sinkt den Ereignissen nach. Die Autorität der Verwaltungskommission ist um so geringer, als ihr, da Abgeordnete nicht Mitglied sein dürfen (1), automatisch die besten Kräfte der Partei entzogen werden. Zudem hat sie keine Verantwortung, da nominell der Nationalrat, das heißt die Gesamtpartei, verantwortlich ist. Daneben wohnt jedoch ständig die Autorität der Parlamentsfraktion, die wieder für die Leitung der Partei nicht verantwortlich ist, auf sie keinen Einfluß haben darf, obwohl sie täglich die Partei politisch engagieren muß. Das sind die Widersprüche am Kopfe der Partei, die ihre Aktionskraft lähmen müssen, ganz zu schweigen von den Mängeln der Organisationsform.

Diesem Uebelstand wollte ein Teil, der gewerbliche Mängel der Partei, teils dadurch abheben, daß die Attribute der Verwaltungskommission erweitert und definiert wurden, teils daß

die Abgeordneten, die „privilegierten Varias“, wie Guesde treffend sagte, in der Parteileitung ausgelassen wurden. Aber die Uneinigkeit der Guesdisten selbst, wovon ein Teil die Parteileitung in ein geradezu allmächtiges Direktorium verwandeln wollte, brachte diese Reorganisation, vorläufig wenigstens, zum Scheitern. Immerhin wurden der Verwaltungskommission präzisere Rechte zuerkannt, die allerdings auch erst vom nächsten Nationalrat befreit werden sollen. Die sonstigen Beschlüsse des Kongresses sind mehr schmückender Natur, ohne großes Interesse. Die Reorganisation ist also verjagt, aber augenscheinlich nicht auf lange Zeit.

Die Revolution in China.

Der Thron hat eine Reihe von Bestimmungen angenommen, welche die Nationalversammlung als notwendige Grundlage der von ihr zu entwerfenden Verfassung vorgelegt hat. Die Bestimmungen setzen die Einführung eines Parlaments fest, dem die Kontrolle über die Ausgaben und die Verwaltung zusteht, sowie eines Ministeriums, das vom Parlament gewählt werden und ihm verantwortlich sein soll. Bis zur Einführung und Beiräumung des Parlaments soll die Nationalversammlung seine Stelle einnehmen.

Quansichai lehnt ab.

Peking, 4. November. Quansichai sandte telegraphisch eine Denkschrift an den Thron, in der er es ablehnt, den Vorstoß im Kabinett zu übernehmen. Es ist nicht möglich zu sagen, ob dies eine wirkliche Ablehnung oder nur eine Ausübung der Weisheit ist. Denn die Bitte betragt, daß solche wichtige Entscheidungen mehrmals abgelehnt werden. Der Gouverneur von Schantung ist schon Eingeborene der aufrechterhaltenen Provinzen vor, die geneigt sind, als Abgeordnete das Volk zu beruhigen und ihm die Art der außerordentlichen Zustände, die der Thron gewählt hat, zu erklären.

Ein Telegramm aus Nanjing besagt: Der Gouverneur hat, von den Truppen aus Nanjing und von zwei kleinen Kanonenbooten unterstützt, die dort ausgebrochenen Unruhen unterdrückt. Die Stadt ist ruhig. Nach Konsulnachrichten hat ein Gefecht in Fschangschang stattgefunden. Die Aufständischen haben sich auf die Insel geflüchtet und haben Vorbereitungen zu ihrer Verteidigung getroffen.

Schanghai von den Revolutionären genommen.

Ueber die Einnahme von Schanghai durch die Aufständischen werden folgende Einzelheiten berichtet:

Die Ginesenstadt in Schanghai und das Arsenal stellen fast ohne Widerstand in die Hände der Aufständischen. Nur vom Arsenal aus wurde etwas Feuer abgegeben, ohne jedoch Schaden anzurichten. Ein Teil der Arsenalwache nahm schnell die Armbinde der Aufständischen an, der Rest leistete augenscheinlich keinen Widerstand. Die chinesischen Einwohner und die Soldaten schlossen sich allen Aufständischen an. Der englische Generalkonsul erhielt einen Brief, unterzeichnet von der Militärregierung des chinesischen Volkes, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die Aufständischen nach zehntägiger Belagerung beschlossen hätten, die Sorge für die Ginesenstadt in Schanghai zu übernehmen, um die Ordnung zu sichern und das Vertrauen im Geschäft- und Gemeinwesen wiederherzustellen.

Der Thron gibt weiter nach.

London, 6. November. Daily Telegraph meldet aus Peking. Seitern aber wurden zwei neue kaiserliche Erhalte veröffentlicht. Das erste betrifft das Wahlgesetz der Parlamentswahlen, das zweite erkennt den Rebellen das Recht zu, sich zu einer politischen Partei zu organisieren und verspricht, ihre Führer in öffentliche Ämter zu berufen.

Gewerkschaftliches.

Zur Zigarbeiter-Auspepperung.

Die Zahl der Auspepperungsträger zuzugelt in Westfalen und Lippe nahezu 10.000, darunter mehr als 4000 weibliche Mitglieder.

Die bei den in westfälischen Zigarrenfabrikantenverband organisierten Firmen in Hamburg-Altona und Bremen und Magdeburg beschäftigten organisierten Arbeiter legten ebenfalls die Arbeiter nieder, weil ihnen zugewillt wurde, Streikarbeit zu verrichten und weil sie nicht gewillt waren, ihren Mitarbeitern in Westfalen in den Mühen zu fallen. Die Zahl der Auspepperungsträger in diesen Industriegebieten 2500, darunter nahezu 1000 Zigarbeiterinnen. Insgesamt stehen 12.500 Zigararbeiter, darunter 5000 Arbeiterinnen, im Auslande.

Wie bestimmt verlautet, werden alle übrigen Zigarrenfabrikanten, die den Arbeitgeberverbänden Hamburg-Altona, Bremen und Umgebung und Blumenhölz-Burgum angehören, ihre organisierten Arbeiter auspeppen, wenn die ausländischen Zigararbeiter ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Auspepperung lehnen es ab, dieser Forderung zu entsprechen, so daß die Zahl der Auspepperungsträger und Auspepperter, wenn diese Forderung zur Zeit werden sollte, um mehrere tausend sich vermehren wird. Der Plan der Zigarrenfabrikanten, die Zigararbeiter niederzuzwingen, wird nicht gelingen. Alle Maßnahmen der Zigarrenfabrikanten werden die Unzufriedenheit der Zigararbeiter nicht ins Wanken bringen. Vor- und nach dem westfälischen Industriegebiet, Hamburg-Altona, Bremen und Umgebung wird streng überwacht, auch gewarnt, für diese Betriebe Arbeit anzunehmen. Zigarren-

Wieder neue Männer! Levwendahs

10 ⁷⁵	12 ⁵⁰
15 ⁰⁰	18 ⁰⁰
21 ⁰⁰	24 ⁰⁰

Walhalla-Theater

Director u. Besitzer: Paul Blittgen.

Eminenten Erfolg! Gestern wieder total ausverkauft.

Der grosse Schlager

Es gibt nur ein Berlin!

Ausstattungs-Neu in einem Vorspiel und 5 Bildern von F. N. Hardt. Musik von Arthur Steinko. In Szene gesetzt von Bernh. Bess. Balletmeisterin Gertrud-Glittensberg. — Vorspiel: In Romanen. 1. Bild: Im Berliner Lustgarten. 2. Bild: König Oedipus im Zirkus. 3. Bild: Im Sportpalast. 4. Bild: Im Clou. 5. Bild: Im Lunapark. Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Tageskasse bei Sturm.

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse Merseburg.
 Dienstag den 14. November 1911 abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Gute Quelle“

ordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1911.
 2. Ergänzungsmittel des Vereines — ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer.
 3. Festsetzung des Beitrags für das Jahr 1912 an die hiesige Krankenversicherungs-Gesellschaft.
 4. Bericht über den Beschlusse der Mitglieder.
 5. Beschlußfassung über einen in folgenden Antrag, unsere Ortskrankenkasse als allgemeine Ortskrankenkasse aufzulösen.
 Zu dieser ordentlichen Generalversammlung werden die Vertreter ergeblich eingeladen.
 Merseburg, den 3. November 1911.
Der Vorstand:
 (ges.) Thiele, Vorsitzender.

Halloria, Restaurant und Café, Brüderstrasse 3, am Markt.
 Zu meinem, **Dienstag den 7. ds. Mts.** mittags und abends stattfindenden
„Gänsebraten-Schmaus“
 zugleich als Einweihung meiner renovierten Lokalitäten, lade freundlichst ein.
 Hochachtungsvoll
Frau M. Pruskil,
 Ausschank des beliebten „Rauschlass Pilsner“ u. „Reibkorn“, Nürnberg.

Voll-Heringe

jetzt besonders **saft** und schön im Geschmack
 à Stück **7 Pfg.**
 Hochfeine, harte **saure Gurken.**

F. Beerholdt, Bechershof 8, dicht am Markt.
 Fernruf 1040.

Mus = Mus = Mus

offert auch dieses Jahr in ganz vorzüglicher Qualität

Mus-Kunze,
 Böhlgasse 2, Telefon 1682

In grossen Dosen à 20 Pfg. **Globin** Tabakfrei im Innern.
 bester Schuhputz

Brennscheeren zum Krepfen u. Wellen empfiehlt
C. F. Ritter, Leipzigstrasse 90.

+ Frauen +
 Sichere Hilfe bei Störung und Lösung der Periode.
 Stärke 1.44 — 2.46.50, 3.48.—.
Phl.-Dep. Dr. Conrad Scheidig, Halle a. S., Grafweg 2a, p. Damenbesinnung. Rückporto.

Getragene Militärhandschuhe verkauft billig J. Stern. Markt, Ritter Markt 11.

Der Sonntagsaufbau von Kanarien ist polizeilich verboten, daher faulen wir **Dienstag, den 7. November d. J.,** im **Kanarienvogel** u. Weibchen — auch bessere Stämme.
Richter & Schmidt, Leipzig.

Frühe Matronen, pro Pfund 1 Mk. 20 Pfg., zu haben bei **Carl Boock, Dreieckstr. 1, Zamm, und Leipzigerstr. 61/62.**

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Halle a. S.

Dienstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale des Volksparkes:

Das Große Vokal-Konzert

zum 100. Geburtstag Franz Liszt's.

Ausführende: Sängerkhor Leipzig-Thonberg, 150 Sänger (M. d. A.-S.-B.), Direktion: Paul Michael, Frau Trunk-Echter, Sopran; Klavierbegleitung: Herr R. Trunk, Komponist, München.

Vortrags-Folge.

- Drei Männerchöre:
 - Ich warte dein
 - Vom Rhein, M. Bruch.
 - König Sigurds Braut-fahrt. Ballade, Angerer.

Zum 100. Geburtstag Franz Liszt's
 (22. Oktober 1911)

- Drei Lieder für Sopran:
 - Es muß ein wunder- | b) Ueber allen Wipeln | c) Wieder möcht ich dir
 - bares sein. Fr. Liszt. | ist Ruh. . Fr. Liszt. | begegnen . Fr. Liszt.
- Drei Lieder für Männerchor:
 - Reiterlied . Fr. Liszt. | b) Der Gang um Mitter- | c) Die alten Sagen kunden
 - nacht. Tenorsolo Fr. Liszt | den . . . Fr. Liszt.

PAUSE.

- Vier Lieder für Sopran (begleitet vom Komponisten) R. Trunk.
 - Frühlingssonne. b) Abschiedsgruss. c) So wahr die Sonne scheint. d) Pan.
- Drei Männerchöre:
 - Rosmarin. b) Herbst. c) Fidelitas.

Eintritt 40 Pfg.

Der Billet-Verkauf beginnt Mittwoch den 1. November, und sind solche zu haben in allen Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsum-Vereins, allen Gewerkschafts-Bureaus, in den Zigarengeschäften von Albrecht, Lindenstrasse und Sanow, Geistrasse, am Büfett des Volksparkes, im Arbeiter- und Partei-Sekretariat und in der Volksbuchhandlung.

Bitterfeld.

Mittwoch den 8. November abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“, Zechnitzerstrasse 6

Öffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

- Der Lebensmittelwucher des Deutschen Reichstages.
 Referentin: Frau **Pollender**, Leipzig.
- Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.
 Referenten: Genossen **A. Lamscha** und **Fr. Stammer**.

Freie Diskussion. **Freie Diskussion.**
 Hierzu sind alle Frauen des werktätigen Volkes sowie die gesamte männliche Arbeiter-schaft von Bitterfeld eingeladen.

Butter billiger!

Allerfeinste Kleeblatt 1/2 Pfd.-Stück **75 Pfg.**
 Ia garantiert reines, blütenweisses

Schweine-Schmalz Pfund 58 Pfg.

F. H. Krause.

Gänse! Enten! Gar. leb. Ankunft, acht Monat alt, vollfederig, ausgezogen, 10 Stck. ca. 8 Pfd. schwere Gänse 32.00 Mk., 10 Stck. Riesengänse 38.00 Mk., 12 Stck. Enten, groß, schwer, 22.00 Mk., **S. Reinisch, Oderberg 201, Schlesien.**

Puppen-Reparaturen werden sachgemäss ausgeführt.
C. F. Ritter, Leipzigstrasse 90.

Prima Futterrüben verkauft in Ladungen, gleich 200 Btr. pro Btr. 1.35 Mk., im Einzelverkauf pro Zentner 1.50 Mk., 1/2 Zentner 80 Pfg.

Fr. Kurze, Sangerhausen.
 Morgen, Dienstag, **Schlachtfest.**
Bernhard Siegel, Sangerhausen, Sangerstr. 47.

Apollo-Theater.

Direktion: **Carlus Vöhr.**
 Gastspiel von **Kerber Zerofal** mit seinem **Schillerlee's** **Bauernbender.**
 Heute, 6. Nov., abends 8 Uhr: **„Jägerblut“**
 Nachspiel m. Anfang u. Ende in 5 Akt. u. 8. Wandwegger. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Keine erpöhten Preise.
 Dienstag den 7. November: **„Der Lehmann von Mittelwitz“**

Stadt-Theater

in Halle a. S.
 Direction: **Geb. Hofrat M. Nicias.**
 Dienstag den 7. November 1911: 68. Abonn.-Vorstellung. 2. Viertel.
Novität! **Novität!**
 Zum 7. Male:
Das Musikantenmadel.
 Operette in 3 Akt. v. Georg Jacno, Komponist der „Häcker-Gesellen“. Stoffhandlung 7. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch d. 8. November 1911: 69. Abonn.-Vorstellung. 3. Viertel.
Novität! **Novität!**
 Zum letzten Male:
Bachmeisels Himmelfahrt
 Schwan in vier Akten von **B. Jacoby** u. **H. Hofmann.**

Magenleiden.

Durch eine Gauskur mit **Alkoholverkeimung** verbunden mit **heftigen Kopfschmerzen** u. **Blutungen** sowie **harntrügendem**

Dr. Wilhelm Koefer, Geitritz 59-60 am gros; in der Bahnhofs- u. Löwen-Apothek; bei Herrn. Pohl, 2. Bürgerstr. 75; Hugo Schulze, Bernburgerstr. 32; H. Stitz Neff., Gr. Steinstr. 33; Max Rädler, Mannichstr. 2; Oskar Ballin Jr., Leipzigerstr. 68; Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48.

Zu haben bei: **Wilhelm Koefer,** Geitritz 59-60 am gros; in der Bahnhofs- u. Löwen-Apothek; bei Herrn. Pohl, 2. Bürgerstr. 75; Hugo Schulze, Bernburgerstr. 32; H. Stitz Neff., Gr. Steinstr. 33; Max Rädler, Mannichstr. 2; Oskar Ballin Jr., Leipzigerstr. 68; Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48.

Käufmann jeder Wrt. del. Bill. H. H. Ackermann, Mühlberg 10.

Sonntag mittag 12 1/2 Uhr ent-schließ nach kurzem schweren Krankenlager mein lieber, guter Mann, unser Vater, Gross- u. Schwager, der Arbeiter **Karl Alois**, im 48. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzhaft an Die trauernden Hinterbliebenen **Frau Wilhelmine Althaus, geb. Döber,** nebst Kinder u. Geschwister.
 Halle a. S., den 6. Novbr 1911. Beerdigung: Mittwoch nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Südbühnen aus. Co. Franz-Jöbden Schreinmeister, 8. III. Z.

Dank.
 Zurückgekehrt vom Grabe unferees lieben **Lieschen,** sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichsten Dank. Auch den Mitkühlern der Bestorbenen besonderen Dank für die schöne Kranzsende.

Unterrödingen (Sa.) 4.11.1911.
 Die trauernde Familie **Gust. Groeschopp.**
 Ruhe laßt in Frieden, liebes Liebchen!

Dank.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Begräbnisse meiner lieben unermüdeten Mutter, unserer Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, der **Wwe. Berta Fleischhauer** sagen wir hiermit allen, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank der **Ww. Käthe** ret am Balgengerg u. **Hrn. Dommer** nebst Familien, welche sie während ihrer langen Krankheit unterstützten und uns nach ihrem Tode hilfreich zur Seite standen. Möge der liebe Gott es ihnen vergelten!

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen del. einz. **Berta Fleischhauer.**